

Stadt Wien fordert Rückzahlungen beim Energiebonus: So sind Sie betroffen!

Wien fordert tausende Rückzahlungen des Energiebonus wegen Überschreitung der Einkommensgrenze. Betroffene sollten nachweisen, dass sie berechtigt sind.

Wien, Österreich -

In Wien stehen Tausende von Haushalten vor einer unerwarteten Rückzahlung: Die Stadt fordert den Energiebonus, der in den Jahren 2022 und 2023 ausgezahlt wurde, von 17.864 Haushalten zurück. Dies geschieht, weil bei einer Überprüfung festgestellt wurde, dass viele Empfänger die festgelegte Einkommensgrenze überschritten haben. Diese Grenze lag für Einpersonenhaushalte bei 40.000 Euro und für Mehrpersonenhaushalte bei 100.000 Euro. In den beiden Jahren wurden insgesamt 1.327.397 Anträge auf den Bonus gestellt, der ursprünglich als finanzielle Unterstützung gegen die steigenden Lebenshaltungskosten gedacht war, berichtet **heute.at**.

Die Stadt Wien hat nun Rückforderungen ausgesprochen, da bei der standardisierten Nachprüfung der Anträge Unregelmäßigkeiten aufgedeckt wurden. Betroffene erhalten zuerst einen Brief, in dem sie aufgefordert werden, ihre Einkommensnachweise vorzulegen. Wenn sie nachweisen können, dass sie die Einkommensgrenze nicht überschritten haben, bleibt der Bonus unberührt. Ansonsten sind Rückzahlungen in Höhe von 200 oder sogar 400 Euro vorgesehen, je nachdem, wie viele Boni unrechtmäßig bezogen

wurden. Die Stadt plant, solche einmaligen Unterstützungsmaßnahmen künftig durch eine Neuorganisation der Miet- und Wohnbeihilfen zu ersetzen, weshalb im kommenden Jahr kein Energiebonus mehr ausgezahlt wird, wie meinbezirk.at berichtet.

Überprüfung und Konsequenzen

Die Prüfungen, die zur Entdeckung dieser Fälle führten, waren Teil eines laufenden Prozesses der Stadt, die sicherstellen wollte, dass die Boni nur an berechnete Empfänger ausgezahlt wurden. Andreas Fläckel von der MA40, die für soziale Belange zuständig ist, erklärt, dass nur ein kleiner Prozentsatz der Anträge von Rückforderungen betroffen ist, konkret etwa 1,3 Prozent. Dies zeigt, dass eine große Mehrheit der Anträge rechtmäßig war, obwohl einige unrechtmäßige Anfragen eingegangen sind. Der Fokus der Stadt Wien liegt nun darauf, die Angelegenheit zügig zu klären, um sowohl den betroffenen Haushalten als auch der Stadt selbst eine klare Linie zu bieten.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.heute.at• www.meinbezirk.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at